

## Notizen

Die seit 1965 bestehende *Gemeinsame Arbeitsgruppe von Weltkirchenrat und Katholischer Kirche* traf sich Mitte Oktober in der Nähe von Genf zu ihrer diesjährigen Sitzung. Die Arbeitsgruppe, die auf katholischer Seite vom englischen Bischof *Alan Clark* und von seiten des ÖRK von dem reformierten Franzosen *Jacques Maury* geleitet wird, beschäftigte sich bei ihrer Sitzung unter anderem mit der Apartheid als Herausforderung für alle Christen, mit der Frage der konfessionsverschiedenen Ehen und mit ethischen Problemen, die neue Spaltungen hervorbringen. Im Schlußkommuniqué wurden als wichtigste Arbeitsbereiche der Gruppe genannt: Der Weg zur Einheit, gemeinsames Zeugnis, Zusammenarbeit in sozialen Fragen, ökumenische Bildung und die Zusammenarbeit zwischen Abteilungen des ÖRK und den entsprechenden katholischen Institutionen.

Der „Osservatore Romano“ veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 11. November ein Kommuniqué der *Jugoslawischen Bischofskonferenz* zu den angeblichen Marienerscheinungen in *Medjugorje*, das zum Abschluß der Vollversammlung der Bischofskonferenz am 12. Oktober vorgelegt wurde. Die Bischöfe betonen darin, sie hätten die Entwicklung der Ereignisse in *Medjugorje* geprüft. Die Bewertung der Ereignisse könne auf der Grundlage vertiefter Studien von Experten, einzig und allein von den zuständigen kirchlichen Autoritäten vorgenommen werden. In dem Kommuniqué heißt es weiter, es sollten keine offiziellen Wallfahrten nach *Medjugorje* organisiert werden. Das Urteil der kirchlich Verantwortlichen dürfe man nicht vorwegnehmen.

Die Entwicklung neuer Formen einer *asketischen Kultur* entscheide nach Ansicht des Bischofs von Limburg, *Franz Kamphaus*, wesentlich mit über die Zukunft unserer demokratischen Gesellschaft. In einem Vortrag (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 15. 11. 84) meinte Kamphaus, eine zentrale Frage industrieller Gesellschaften bestehe darin, daß instrumentelle und sinnstiftende Vernunft auseinanderklaffen. Fortschritt sei letztlich ambivalent: Was in ökonomisch-technischer Hinsicht eindeutig als Fortschritt qualifiziert werde, könne sich in kultureller und sozialer Hinsicht durchaus als fragwürdig erweisen. Man stünde in dieser Hinsicht in einer paradoxen Situation: Selbst asketisch geprägte Personen der Wirtschaft legten alles darauf an, sich ein antiasketisches Publikum heranzubilden.

Zu einer „Ökumenischen Versammlung der Christen in der Friedensbewegung“ trafen sich vom 9. bis 11. November in Siegen rund 1000 Anhänger der *Friedensbewegung*

aus beiden großen Kirchen. Zu den Veranstaltern gehörten u. a. der Bund der Deutschen Katholischen Jugend, die Katholische Landjugendbewegung, Pax Christi und die Aktion Sühnezeichen. Im Vorfeld des Treffens übte der Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, *Friedrich Kronenberg*, Kritik an den Zielen der Friedensbewegung. In einem Schreiben an die Veranstalter des Treffens wies Kronenberg darauf hin, daß die Friedensbewegung immer deutlicher darauf abziele, „grundlegende Entscheidungen der deutschen Politik, auf denen Freiheit, Sicherheit und Frieden für die Bundesrepublik Deutschland“ ruhten, „in Frage zu stellen und unwirksam zu machen“. Kronenberg bezeichnete es als unerträglich, wie in einem Grundlagenpapier zu dem Treffen (es gab allerdings nicht die Meinung aller Veranstalter wieder) mit „prophetischem Gehabe“ ein bestimmtes politisches Konzept vertreten werde und sich die Veranstalter zum öffentlichen Gewissen aufwürfen.

In einem Schreiben an den Vorsitzenden der Länder-Rundfunkkommission, den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten *Bernhard Vogel*, haben die evangelische und katholische Kirche gemeinsam ihre Grundpositionen bei der Neuregelung des Rundfunkwesens dargelegt. In der vom Fernsehbeauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, *Hans-Wolfgang Heßler*, sowie dem Leiter der Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz, *Peter Düsterfeld*, unterzeichneten Stellungnahme sprechen sich die Kirchen für eine „funktionsfähige und kontinuierliche gesellschaftliche Kontrolle“ auch privater Rundfunkprogramme aus, weil Rundfunk auch weiterhin als eine Angelegenheit der Allgemeinheit und als eine der Gesamtgesellschaft verpflichtete Aufgabe anzusehen sei. Eine Berücksichtigung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen müsse gewährleistet sein. Die öffentliche Meinung dürfe nicht überwiegend von finanzstarken Kräften hergestellt werden.

In München verstarb im Alter von 76 Jahren der frühere evangelische (lutherische) Landesbischof von Bayern, *Hermann Dietzfelbinger*. Dietzfelbinger stand 20 Jahre lang (von 1957 bis 1975) an der Spitze der bayerischen Landeskirche, war längere Zeit leitender Bischof der VELKD und von 1967 bis 1973, in einer sehr bewegten und für den deutschen Protestantismus umbruchreichen Zeit, letzter Vorsitzender des damals noch „gesamtdeutschen“ Rates der EKD. Er galt innerhalb des breiten Spektrums des deutschen Protestantismus als konservativer Lutheraner, der seiner Kirche durch Glaubensfestigkeit Halt zu vermitteln verstand. Als ökumenischer Partner

der katholischen Kirche zeigte er sich aufgeschlossen. Daß während seiner Amtszeit als Ratsvorsitzender manche gemeinsame evangelisch-katholische Erklärung zustande kam, die gegenwärtig schwerer möglich wäre, und damals Widerstand im evangelischen Bereich fand, hatte außer der Ortsnähe zwischen dem Ratsvorsitzenden und dem damaligen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal *Julius Döpfner*, auch mit der fränkischen Seelenverwandtschaft der damals in Deutschland „leitenden“ Bischöfe zu tun.

Zum neuen Präses der evangelischen Kirche von Westfalen wählte die Landessynode am 14. November Superintendent *Hans-Martin Linnemann* (53) aus Lünen. Er wird Nachfolger von Präses Heinrich Reiß, der am 15. März kommenden Jahres in den Ruhestand tritt. Die zur EKD gehörende unierte evangelische Kirche von Westfalen ist mit ihren mehr als 3,2 Mio. Mitgliedern eine der größten Gliedkirchen der EKD.

Im jetzt vorliegenden Abschlußbericht über den nach fünf Jahren abgeschlossenen Dialog zwischen dem *Lutherischen Weltbund* und dem *Weltrat Methodistischer Kirchen* wird den beiden Kirchen empfohlen, volle Gemeinschaft in Wort und Sakrament herzustellen. Als erster Schritt schlägt die Kommission in ihrem Bericht „Die Kirchen: Gemeinschaft und Gnade“ den Gemeinden vor, jeweils Pfarrer des anderen Bekenntnisses in ihren Gottesdiensten predigen zu lassen und gegenseitige Gastfreundschaft beim Abendmahl zu gewähren. Auch sollten diakonische Aufgaben in Zukunft gemeinsam übernommen werden.

Die seit Jahrzehnten wegen der dortigen politischen Verhältnisse verwaiste katholische Erzdiözese Bukarest hat wieder einen Bischof, keinen Erzbischof, aber einen Apostolischen Administrator im Bischofsrang. Es ist der vierzigjährige, zum Titularbischof ernannte Professor *Ioan Robu*, bisher Regens des Priesterseminars in Jasi. In den letzten 20 Jahren wurde die Erzdiözese von dem im November 1983 verstorbenen Prälaten *Franzise Augustin* provisorisch geleitet, der nach anfänglichem Zögern auch vom Vatikan stillschweigend als „Ordinarius“ anerkannt wurde.

Nachfolger des aus Altersgründen von seinem Amt zurückgetretenen Erzbischofs von Kapstadt, Kardinal *Owen McCann*, wurde der 47jährige Inder *Stephen Naidoo*, bisher Weihbischof in Kapstadt. Naidoo ist der erste farbige Erzbischof von Kapstadt.

### Beilagenhinweis

*Dieser Ausgabe liegen je ein Prospekt der Missionsprokur der Jesuiten, Nürnberg, und des Kösel-Verlags, München, bei.*